

Einführung

Im Sommer 2015, in der Fluchtforschung häufig als »langer Sommer der Migration« (Hess et al. 2016) bezeichnet, erreichten Fluchtmigrationsbewegungen,¹ vor allem ausgelöst durch den Krieg in Syrien und des Scheiterns des Arabischen Frühlings (vgl. ebd.: 7), die Europäische Union (EU). Ein innerhalb der EU besonders hoher Anstieg der Zuwanderungszahlen in Deutschland geht auf die politische Entscheidung der Grenzöffnung und Nichtanwendung der Dublin-III-Verordnung² vom 04.09.2015-10.11.2015 zurück. Der historische Höhepunkt der bundesweiten Asylanträge (722.370) beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) folgte verzögert im Jahr 2016 (vgl. Bogumil, Kuhlmann und Proeller 2019: 9). Danach sanken die Zahlen beträchtlich. Grund dafür war ein politisches Nachjustieren der Zuwanderung, »vor allem [durch] die Schließung der sog. Balkanroute und dem EU-Türkei-Abkommen von 2016« (ebd.: 9). Zu Beginn entstand eine durch den Ausspruch »Wir schaffen das« der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel symbolisierte Euphorie der Aufnahmefreudigkeit und *Willkommenskultur*. Doch bereits im September 2015 wurden auch asylkritische Stimmen laut. In Deutschland entwickelte sich zunehmend eine ambivalente Stimmung gegenüber Geflüchteten und ihrer Aufnahme in der Bevölkerung (vgl. Foroutan 2020). Deutschland gehört den-

-
- 1 Die Unterscheidung zwischen Flucht- und Migrationsbewegung trägt in der Praxis häufig zu einer Kategorisierung von Wanderungsursachen bei, die 1. in dieser eindeutigen Trennung nicht immer vorgenommen werden kann und die 2. innerhalb von Diskursen über die Legitimation der Aufnahme dieser Menschen benutzt wird. Es ist nicht mein Anliegen, in diesem Punkt eine Unterscheidung zu treffen. Die heterogene Zuwanderungsbewegung muss und kann an dieser Stelle nicht klassifiziert werden. »Flucht als Bestandteil von Migration zu begreifen, verweist stattdessen auf die fließenden Übergänge, die die Ausprägungen verschiedener Migrationsbewegungen miteinander verbinden« (Müller 2010: 20).
 - 2 »Die sogenannte Dublin-III-Verordnung vom 26.06.2013 legt Regelungen zur Bestimmung des Mitgliedstaates fest, der für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Dies erfolgt im sog. »Dublin-Verfahren«. Die Verordnung ist am 19.07.2013 in Kraft getreten und hat damit die Dublin-II-Verordnung (343/2003) abgelöst. Sie gilt in den Staaten der Europäischen Union sowie in Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz« (Informationsverbund Asyl & Migration o.J.).

noch zu den Staaten, die in den folgenden fünf Jahren die meisten Geflüchteten weltweit aufnehmen sollten (vgl. ebd.).³

Sechs Jahre später, im Jahr 2021 initiierte der Satz »2015 darf sich nicht wiederholen« eine erste mediale Rückschau auf die Ereignisse rund um die Fluchtmigrationsbewegungen von 2015. Der Kanzlerkandidat Armin Laschet (CDU) äußerte diesen Satz im August 2021 anlässlich der Gewalt in Afghanistan und der damit verbundenen Forderungen nach der Aufnahme von Geflüchteten nach Deutschland. Es wurde deutlich: Immer noch ist das Diskussionspotenzial riesig, ob 2015 das Jahr der *Flüchtlingskrise* oder der *Willkommenskultur* ist. Der Diskurs hält auch im Herbst 2021 an, wo Geflüchtete an der polnisch-belarussischen Grenze in den Wäldern ausharren. Das Jahr 2015 ist Sinnbild und Kristallisierungspunkt für offene Fragen der Ausrichtung deutscher Asylpolitik geworden.

2015 war ein Jahr der Gleichzeitigkeiten und Ambivalenzen. Von den intensivsten asylrechtlichen Verschärfungen seit Anfang der 1990er Jahre bis zur Initiierung von umfassenden Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete, die es vorher in der Form nicht gegeben hat. Von vielfältiger und spontaner Soforthilfe für Geflüchtete bis zu den aufkommenden normativen Fragen der langfristigen Aufnahme jener Menschen in die Gesellschaft. Breite Teile der Gesellschaft waren mit großen und kleinen Fragen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Geflüchteten konfrontiert und die unterschiedlichsten Erfahrungen haben große und kleine Wandel in Gang gesetzt. Wie könnte 2015 da nicht zu einer heterogenen, schwammigen Erinnerungsfigur werden? Grund genug, der Debatte einen qualitativen ethnografischen Blick hinzuzufügen. Dieses Buch beschäftigt sich mit der Frage, was das Jahr 2015 einerseits für die kommunale Asylpolitik, andererseits für die involvierte Zivilgesellschaft bedeutete. So wird am ethnografischen Beispiel der Stadt Leipzig aufgezeigt, wie die individuelle und die organisierte Hilfe für Geflüchtete sowohl Engagementstrukturen als auch darüberhinausgehende überlokale Diskurse von ›Integration‹ und Abschottung kurzfristig und langfristig veränderten. Gleichzeitig zeigt es auf, wie politische Felder und Engagementstrukturen auf sogenannte Krisen reagieren. Was passiert, wenn weder Expertise noch Infrastrukturen vorhanden sind und kein vorgefertigter Plan existiert? Was können wir aus dieser Krise lernen?

Angesichts der Komplexität und Langfristigkeit von Zuwanderungsprozessen wird durch den medialen Fokus auf das Jahr 2015 vor allem das initiale Ereignis des Grenzübertrittes in den Mittelpunkt gestellt. Der Fokus auf die Handlungen der Grenzübertretenden übersieht die Entwicklungen im Inneren der deutschen Politik und Gesellschaft. Während 2015 nicht viel mehr als Nothilfe und schnelle Reaktionen auf die Hilfesuchenden möglich war, wurde insbesondere das Folgejahr das entscheidende, in dem sich Strukturen etablierten und Improvisationen

³ Laut UNHCR belegt Deutschland den 5. Platz mit 1,1 Mio. Geflüchteten (UNHCR 2020).

zu fruchtbaren Erfahrungen führten, in dem die Weichen der Integrationspolicies in Deutschland neu gestellt wurden. 2015 ist nicht ohne 2016 denkbar und andersrum. Der Satz von Armin Laschet bezieht sich also vor allem auf die Zuwanderungsbewegung – und lässt außer Acht, was sich danach verändert hat.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen untersuche ich in der vorliegenden Studie die Transformationen der Asylpolitik auf kommunaler Ebene in Leipzig. Meine zwölfmonatige Feldforschung begann zum Höhepunkt der Zuweisungen nach Leipzig Ende des Jahres 2015 und endete im Oktober 2016. Ich nutzte diesen besonderen Moment um die damit verbundenen asylpolitischen Aushandlungen ethnografisch dicht in einer Art Zeitraffer, den der rasante Anstieg der Zuweisungszahlen bewirkte, zu untersuchen. Der Fokus der Studie liegt auf dem Wandel in den Engagementstrukturen und dem Wandel, den dies wiederum in der Asylpolitik bewirkt. Zivilgesellschaftliches Engagement wird dabei als immanenter Teil des (asyl-)politischen Feldes betrachtet.

Um im Rahmen der vorliegenden ethnografischen Studie möglichst viele verschiedene Perspektiven einzubeziehen, führte ich Interviews mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteur*innen der Leipziger Geflüchtetenhilfe und unternahm eine teilnehmende Beobachtung als Freiwillige in der Geflüchtetenhilfe. Durch diese Methodenvielfalt war es mir möglich, die Lebenswelten der Freiwilligen aus verschiedenen Perspektiven kennenzulernen, um diese in unterschiedlichen Dimensionen zu kontextualisieren und ein holistisches Bild darzustellen. Aufgrund der im Feld existierenden Vielfalt und Individualität der Akteur*innen möchte ich hier jedoch auch darauf hinweisen, dass auch diese Arbeit nur einen Ausschnitt darzustellen vermag, der sich mir aufgrund meiner Positionierung im Feld und trotz der möglichst heterogenen Auswahl der Untersuchungsfelder und Interviewpartner*innen so ergeben hat.

Durch meine vorherige freiwillige Arbeit im Feld war ich mit grundlegenden Fragestellungen, die das Spannungsfeld Ehrenamt – Hauptamt, sowie im Besonderen die Anforderungen freiwilliger Arbeit mit Geflüchteten betrifft, vertraut. Seit dem Sommer 2015 nahm ich wahr, dass diese Themen mehr und mehr Menschen in meinem Umfeld beschäftigten, weil sie im Kontext eines Engagement-Booms zunehmend in Kontakt damit kamen. Ich war seit drei Jahren selbst ehrenamtlich in einer Unterkunft für Geflüchtete aktiv und bemerkte die gesteigerte öffentliche Brisanz und die komplexen Veränderungen sowohl der freiwilligen Tätigkeiten als auch ihrer institutionellen Einbettung und politischen Bedeutung. Zahlen für Deutschland belegen, dass das Engagement im Bereich der Hilfe für Geflüchtete schon seit 2011 parallel zu den Zuweisungszahlen kontinuierlich steigt (vgl. Karakayali und Kleist 2016: 7). Karakayali und Kleist zeigen in ihrer Studie über Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland jedoch auf, dass das Engagement für Geflüchtete 2015 seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte (ebd.: 5). Sie sprechen sogar von einer »Massenbewegung« (ebd.: 5).

5).⁴ Doch, während diese Zahlen von einem vorübergehenden Phänomen sprechen, zeige ich in der Arbeit auf, dass das Engagement nachhaltige Veränderungen mit sich brachte. Zivilgesellschaftliches Engagement wurde von einem Nischenthema zu einem divers und breit diskutierten gesellschaftlichen *und* (alltags)politischen Thema. Die Frage der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten beschäftigte *erstens* nicht mehr nur einen Kreis von Aktiven, die sich für asylpolitische Themen und menschenrechtliche Fragen der Unterbringung einsetzten, sondern wurde zu einem überall in der Stadt sichtbaren und verhandelten Thema. *Zweitens* wurden angesichts der anhaltend unzumutbaren Situation in Syrien auch ein Integrationsdiskurs auf Geflüchtete ausgeweitet.

Der Begriff *Integration* ist aufgrund seiner unterschiedlichen Definitionsmöglichkeiten nicht unproblematisch. Ich beziehe mich diesbezüglich auf die Definition Friedrich Heckmanns. Dieser diskutiert und definiert den Begriff in seinem Buch »*Integration von Migranten*« (2015) wie folgt: »Integration ist der Mitgliedschaftserwerb von Zuwanderern in den Institutionen, sozialen Beziehungen und sozialen Milieus der Aufnahmegerellschaft [...]. Sie ist ein [...] wechselseitiger, wenngleich nicht gleichwertiger Prozess, der über Generationen verläuft« (2015: 82). In dieser Arbeit verwende ich den Begriff grundsätzlich in diesem Verständnis der »Mitgliedschaftserwerbung« (ebd.: 21). »Hieraus lässt sich eine zweiseitige Bringschuld ableiten, die nicht nur die geflüchteten Menschen in die Pflicht nimmt« (Sauer und Vey 2019: 4). Im Gegenteil dazu richte ich in dieser Arbeit den Blick vor allem auf die integrationsbezogenen Institutionen und Handlungen der schon dagewesenen Menschen in Deutschland. Heckmann unterscheidet zwischen »Integration als Geschehen und Prozess« einerseits und Integration als »Ergebnis und Zustand« andererseits (Heckmann 2015: 78). Diese Unterscheidung ist in Bezug auf meine Forschung insofern interessant, als Integrationsziele zum Beispiel in Förderrichtlinien oder Integrationskonzepten häufig aus der Perspektive des gewünschten *Ergebnisses* formuliert wurden, während die Handlungen von Freiwilligen sich mit dem *Prozess* der Integration auseinandersetzen und diesen Weg zum Ergebnis mitgestalteten.

Heckmann unterscheidet weiterhin zwischen »Integration als Sozialintegration« und »Integration als Systemintegration« (2015: 72). Sozialintegration bezieht

4 Die Erhebungen einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bestätigen dies. Es haben »[s]eit 2015 55 Prozent der Bevölkerung Flüchtlinge in Deutschland in irgendeiner Weise unterstützt, sei es durch Sach- und Geldspenden, durch öffentliche Fürsprache in Leserbriefen und Unterschriftenaktionen oder durch aktive Hilfen. Davon haben 36 Prozent in den zurückliegenden Jahren Hilfe geleistet; aktuell [Stand Nov. 2017] sind noch 19 Prozent der Bevölkerung in irgendeiner Weise unterstützend tätig. Unter den aktuellen Unterstützerinnen und Unterstützern sind 11 Prozent aktive Helferinnen und Helfer« (Institut für Demoskopie Allensbach 2017: 8).

sich auf das Individuum und »wird verstanden als die Eingliederung individueller Migranten in die Institutionen und Beziehungen der Aufnahmegerellschaft« (ebd.: 72). »Integration als Systemintegration thematisiert die Folgen der Migration für die Integration des sozialen Systems Gesamtgesellschaft« (ebd.: 72). Im Forschungszeitraum sind beide Bedeutungen relevant, da ich sowohl die individuelle als auch die institutionelle Ebene betrachte und Integration und Engagement für Integration als gesamtgesellschaftliche, nicht nur beispielsweise der politischen Sphäre zugeordnete, Prozesse verstehe.

Der Begriff der Integration, so wird im Laufe der Arbeit zunehmend deutlicher werden, wird hier in den unterschiedlichsten Ausprägungsformen als gesamtgesellschaftliche *Öffnungsbewegung* verstanden. Analytisch wird diese den verschiedenen gesellschaftlichen *Abschottungsbewegungen* entgegengestellt, die gleichzeitig existieren. Abschottung bedeutet in meinem Forschungskontext, asylpolitische Policies und Diskurse vom gesellschaftlichen Leben in Hinblick auf Macht, Wissen aber auch Alltagserfahrungen zu trennen, wie dies zum Beispiel lange Zeit durch die Unterbringung in wenigen großen Unterkünften an den marginalisierten Randorten der Stadt Leipzig verwirklicht war. Ich werde ausführlich darlegen, dass Asylpolitik nicht nur in einem abgeschotteten asylpolitischen Feld entsteht und existiert. Dafür arbeite ich mit den theoretischen Konzepten des politischen Feldes nach Bourdieu und in Abgrenzung dazu der Assemblagen nach Manuel DeLanda, sowie Aihwa Ong und Stephen J. Collier. Diese theoretische Diskussion untermauert die empirischen Befunde darüber, was es in der Praxis bedeutete, wenn mehr Menschen in politische Geschehnisse involviert werden, wenn sie sich aktiv an asylpolitischen alltäglichen Problemlagen und Erfahrungsfeldern beteiligen. Die explorative Frage dieses Buches: »Wie haben freiwillig Engagierte auf die Zuwanderung reagiert?« mündet daher auch in die Feststellung, dass Gesellschaft und Asylpolitik weitaus stärker als vor 2015 zusammen funktionieren, und dass in der Folge auch die Untersuchungsmethoden politischen Engagements neu ausgerichtet werden müssen.

